

München, 18.05.2022

SPD fordert mehr Geld für Bayerns Feuerwehr

SPD-Abgeordnete Volkmar Halbleib und Stefan Schuster: CSU und Freie Wähler investieren zu wenig in die Sicherheit – Viele Kommunen und Feuerwehren werden im Stich gelassen

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit Jahren, die Feuerwehr in Bayerischen Städten und Kommunen zu stärken. Als zentraler Bereich der Gefahrenabwehr in Bayern brauchen Feuerwehren mehr Geld, damit sie einsatzfähig bleiben. Problem: Die staatliche Förderung für Feuerwehrhäuser und Fahrzeuge deckt immer weniger die Gesamtkosten der Kommunen ab. Seit 2015 sind die Fördersätze gleich geblieben, während Bau- und Beschaffungskosten explodiert sind. Zuletzt wurden die Gelder minimal bis zu zehn Prozent erhöht, aber zugleich bis Ende 2024 festgeschrieben, wie eine [SPD-Anfrage](#) zeigt.

Für den innenpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Stefan Schuster** ist die Erhöhung ein Tropfen auf den heißen Stein: "Die Unterstützung der Kommunen bei der Feuersicherheit ist der schwarz-orangen Koalition trotz massiver Mehrkosten offenbar nur wenige Prozentpunkte wert. Damit können vor allem finanzschwache Kommunen keine adäquate Gefahrenabwehr leisten, ohne ihre Finanzen zu ruinieren." Schuster verweist auf offene SPD-Forderungen nach einer Digitalisierungsoffensive innerhalb der Feuerwehr mit digitalen Endgeräten und IT-Entwicklungsstellen. Besorgniserregend sei auch der anhaltende Mitgliederschwund. "Wir brauchen ein kluges Konzept, um neue Mitglieder zu gewinnen und vor allem eine Aufwertung des Ehrenamts", betont Schuster. Bereits im vergangenen Jahr forderte der Innenexperte eine Feuerwehrrente für Mitarbeitende, damit ehrenamtliches Engagement einen höheren Stellenwert erhält und mehr Ehrenamtler zur Feuerwehr kommen.

Schusters unterfränkischer Kollege **Volkmar Halbleib**, der die Entwicklung der Fördersätze seit 2008 im Landtag verfolgt hat, kann über die Mini-Anhebung nur den Kopf schütteln: "Die letzte Erhöhung der Fördersätze liegt über fünf Jahre zurück. Das Geld, das kommunale Feuerwehren vom Freistaat erhalten, ist im Verhältnis zu dem Eigenanteil, den Kommunen zahlen, gerade in Hinblick auf Inflation und steigende Energiepreise nicht mehr tragbar." Dass CSU und Freie Wähler nicht bereit seien, über die Feuerschutzsteuer hinaus Gelder bereitzustellen, laufe der kommunalen Fürsorge zuwider und werde dem Stellenwert der Feuerwehren in Bayern nicht gerecht.